

// Im Blickpunkt

Das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung ist am 24.4.2009 in Kraft getreten. BDI-Hauptgeschäftsführer *Schnappauf* beurteilte es als Nachteil für den Standort Deutschland in der Finanzkrise. „Die Welt brauche mehr offenen Handel und weniger Abschottung“, so Schnappauf. *Krause* gibt einen Überblick über die erweiterten ministeriellen Kontrollbefugnisse nach der AWG-Novelle und stellt ihre Auswirkungen auf M&A-Transaktionen mit ausländischen Investoren dar.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Haftung des Geschäftsführers wegen Veranlassung einer die Masse schmälern den Zahlung**

Mit Urteil vom 16.3.2009 – II ZR 32/08 – hat der BGH entschieden: Bei einem auf § 130a Abs. 3 HGB a. F. gestützten Anspruch ist der Kläger darlegungs- und beweispflichtig dafür, dass die die Masse schmälern den Zahlung (hier: Abbuchung von einem Gesellschaftskonto) von dem beklagten Geschäftsführer veranlasst worden ist. An einer haftungsbegründenden Veranlassung kann es fehlen, wenn die Belastung des Kontos auf einer Kontopfändung beruht.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1081-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Widerruf eines Verbraucherdarlehens wegen ungenügender Widerrufsbelehrung

Mit Urteil vom 10.3.2009 – XI ZR 33/08 – hat der BGH entschieden: Eine einem Verbraucher erteilte Widerrufsbelehrung, die von einem unbefangenen rechtsunkundigen Leser dahin verstanden werden kann, die Widerrufsfrist werde unabhängig von der Vertragserklärung des Verbrauchers bereits durch den bloßen Zugang des von einer Widerrufsbelehrung begleiteten Vertragsangebots des Vertragspartners in Gang gesetzt, entspricht nicht dem Deutlichkeitsgebot des § 355 Abs. 2 S. 1 BGB. Bilden Verbraucherdarlehensvertrag und finanziertes Geschäft eine wirtschaftliche Einheit und ist das Darlehen dem Unternehmer bereits teilweise zugeflossen, so hat der vom Verbraucher erklärte Widerruf auf den Abschluss des Darlehensvertrags gerichteten Vertragserklärung zur Folge, dass der Darlehensgeber im Abwicklungsverhältnis an die Stelle des Unternehmers tritt. Ist das verbundene Geschäft nicht vollständig fremdfinanziert worden, muss der Darlehensgeber dem Verbraucher auch den von diesem aus eigenen Mitteln an den Unternehmer gezahlten Eigenanteil zurückerstatten.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1081-2 unter www.betriebs-berater.de

➔ *Dazu demnächst der Kommentar von Specht*

OLG Celle: Neues Angebot zu Vertragsabschluss und Gewährleistungshaftung

Mit Urteil vom 23.4.2009 – 11 U 238/08 – hat das OLG Celle entschieden: Beschreibt der Käufer anlässlich seiner Annahmeerklärung den Kaufgegenstand näher und weicht die Beschreibung vom tatsächlichen Zustand der Sache nicht ab, so liegt in einer solchen Präzisierung nicht die mit einem neuen Angebot verbundene Ablehnung des vorherigen Kaufvertragsangebots. Hingegen liegt in der vom Kaufvertragsangebot abweichenden Beschreibung des Kaufgegenstandes durch den Käufer dann ein von ihm erklärtes neues Angebot, wenn die Eigenschaften nicht vorhanden sind und im Falle der Annahme durch den Verkäufer zu dessen Gewährleistungshaftung führen würden.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1081-3 unter www.betriebs-berater.de

OLG Frankfurt: Unzulässige Preisanpassungsklausel in Gaslieferungsverträgen

Mit Urteil vom 5.5.2009 – 11 U 61/07 (Kart) – hat das OLG Frankfurt eine Preisanpassungsklausel in den Verträgen eines hessischen Gasversorgers wegen unangemessener Benachteiligung der Kunden für unzulässig erklärt, da die Klausel kein einziges konkretes Kriterium nenne, aus dem sich die sachlichen Voraussetzungen und der zulässige Umfang einer Preiserhöhung ergeben könnten. Die Kunden müssten zumindest annähernd vorhersehen können, in welchem Umfang Preisanhebungen auf sie zukommen könnten.

(Quelle: PM OLG Frankfurt vom 6.5.2009)

AG München: Rückerstattung von Abbuchungen mangels Nachweises der Kundenverantwortlichkeit

Mit rechtskräftigem Urteil vom 16.2.2009 – C 28708/08 – hat das AG München entschieden: Widerruft ein Bankkunde Geldüberweisungen, weil er die dieser Abbuchung zugrundeliegen-

den Kreditkartengeschäfte bestreitet, muss die Bank, die die Abbuchungen zu verantworten hat, entweder beweisen, dass die Kreditkartengeschäfte von dem Kunden getätigt wurden oder dass er für den Missbrauch der Kreditkarte verantwortlich ist. Kann sie es nicht, muss sie dem Kunden den abgebuchten Geldbetrag erstatten.

(PM AG München vom 11.5.2009)

Finanzkrise**Kabinetts: Bad-Bank-Gesetz beschlossen**

Die Bundesregierung hat am 13.5.2009 das Gesetz zur Entsorgung wertloser Giftpapiere in so genannte Bad Banks beschlossen. Mit dem Bad-Bank-Konzept sollen Banken von Risikopapieren entlastet und das schleppende Kreditgeschäft angekurbelt werden. Angestrebt wird zugleich eine weitergehende Lösung für die Landesbanken. Der Entwurf bedarf noch der Zustimmung im Parlament.

(Quelle: Spiegel-online vom 13.5.2009)

EU-Kommission: 5 Milliarden Beihilfepaket für West-LB genehmigt

Die Europäische Kommission hat den deutschen Risikoschirm von fünf Milliarden Euro für die WestLB samt Begleitmaßnahmen nach den Beihilfavorschriften des EG-Vertrages genehmigt. Deutschland sagte eine Änderung der Eigentümerstruktur bis Ende 2011 zu. Zu diesem Zweck wird ein öffentliches Bieterverfahren durchgeführt. Die Genehmigung der Kommission wird nur wirksam, wenn die Satzungsorgane aller Eigentümer der WestLB dem Umstrukturierungsplan zustimmen.

(Quelle: EU-Kommission vom 12.5.2009)

EU-Kommission: Kapitalspritze für Commerzbank genehmigt

Die EU-Kommission hat die Rekapitalisierung der Commerzbank nach den Beihilfavorschriften des EG-Vertrages genehmigt. Deutschland hat die zweite Tranche aus Gründen der Rechtssicherheit bei der Kommission angemeldet, um die Vereinbarkeit der Kapitalzuführung mit den Beihilfavorschriften überprüfen zu lassen.

(Quelle: PM EU-Kommission vom 7.5.2009)